

## INHALT

1. Abnahme der Lehrerstellen im Einklang mit Abnahme der Schülerzahlen
2. Besuche bei Einrichtungen bringen wichtige Impulse für die Arbeit in Kiel
3. Arbeitskreis Wirtschaft besucht Pumpspeicherkraftwerk in Geesthacht
4. Jens-Christian Magnussen bei der Wirtschaftssprechertagung

08.07.2011

### **Abnahme der Lehrerstellen im Einklang mit Abnahme der Schülerzahlen Unterm Strich bleibt für alle mehr!**



Heike Franzen, MdL

Zu den 300 nach den großen Ferien reduzierten Lehrerstellen erklärte die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Heike Franzen, heute in Kiel:

„Die Schülerzahlen in Schleswig-Holstein sind bereits seit dem Schuljahr 2006/07 rückläufig, dennoch wurden stets zusätzliche Lehrerplanstellen geschaffen. Mit dem kommenden Schuljahr werden erstmalig die Lehrerplanstellen an die rückläufigen Schülerzahlen angepasst,“ so Franzen.

Eine Nachfrage der Abgeordneten Franzen im Bildungsministerium ergab, dass seit dem Schuljahr 2005/06 die Schülerzahl um 16.168 gesunken ist. Eine Anpassung bei den Lehrerstellen sei daher vertretbar, da diese im besagten Zeitraum von 21.804 auf 23.123 somit um 1.319 gestiegen ist. Diese Informationen wurden durch die CDU-Fraktion im Ministerium eingeholt, da es zu Irritationen in Bezug auf die Anpassung von 300 Lehrerstellen weniger nach den Ferien gekommen ist, die nun erstmalig vom Land vorgenommen wurde und auch im nächsten Jahr vorgenommen werden wird.

Insbesondere im Kreis Segeberg scheint es dabei zu einer Unwucht in der Relation von Schülern pro Lehrerstelle gekommen zu sein. „Der Minister sollte an dieser Stelle prüfen, ob es aufgrund des derzeitigen Berechnungsverfahrens, das sich an den Schülerzahlen des Vorjahres orientiert, zu einer nicht bedarfsgerechten Zuweisung vor Ort gekommen ist“, so Franzen.

Franzen verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass durch den Pflichtstundenerlass de facto rund 450 Stellen ergänzt wurden. „Dadurch, dass Lehrer nun mehr Unterrichtsstunden geben müssen, werden die 300 Lehrerstellen weniger nicht nur kompensiert, sondern sogar um 150 übertroffen. Die von der Opposition Kürzungen genannten Anpassungen der Lehrerstellen bewirken somit, dass es bei weniger Schülerinnen und Schülern zu einem Aufwachsen der Planstellen um gut 150 kommt. Unterm Strich bleibt somit für alle mehr,“ so Franzen abschließend.

Die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag wünscht allen Schülerinnen und Schülern, sowie deren Eltern schöne Sommerferien!

---

### **Besuche bei Einrichtungen bringen wichtige Impulse für die Arbeit in Kiel** **Der Fraktionsarbeitskreis „Soziales“ unterwegs in Nordfriesland**



v.l.: Hans-Jürgen Vollrath-Naumann, Ursula Sassen, Katja Rathje-Hoffmann, Heike Franzen, Werner Kalinka

Am Dienstag und Mittwoch dieser Woche besuchte der Fraktionsarbeitskreis „Soziales“ der CDU-Landtagsfraktion mit den Abgeordneten Ursula Sassen, Heike Franzen, Niclas Herbst, Werner Kalinka und Katja Rathje-Hoffmann mehrere soziale Einrichtungen im Kreis Nordfriesland.

Der erste Besuch galt dem Haus Windschur, einem Ausbildungshotel des Theodor-Schäfer-Bildungswerkes, in dem junge Menschen mit Körper-, Sinnes- und Lernbehinderungen auf ihren Einstieg ins Berufsleben vorbereitet werden.

Nach einem hoch interessanten Vortrag des Leiters, Hans-Jürgen Vollrath-Naumann, sprachen die Abgeordneten mit den Auszubildenden über deren Erfahrungen. Einmütig wurde die Bedeutung von Einrichtungen wie dieser für eine gelungene Integration von Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft hervorgehoben. Im Anschluss ging es zum Schlosskaffee nach Husum, das von Menschen mit Behinderung betrieben wird.

Weiterhin besuchten die Abgeordneten das private Seniorenheim Eiderstedt. Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten um die Ausbildung in der Altenpflege und die zunehmenden Dokumentationspflichten wurden vor Ort intensiv mit der Leitung des Hauses diskutiert. „Die gesamte Bereisung brachte wichtige Einblicke in zwei aktuelle Felder der Sozialpolitik und gab uns neue Impulse für unsere Arbeit in Kiel“, so die Arbeitskreisvorsitzende Ursula Sassen zum Abschluss der Bereisung.

---

### **Arbeitskreis Wirtschaft besucht Pumpspeicherkraftwerk in Geesthacht Oberflächenwasserabgabe macht die Technologie unrentabel**

Zusammen mit Minister Jost de Jager hat der Arbeitskreis Wirtschaft der CDU-Landtagsfraktion das Pumpspeicherkraftwerk in Geesthacht besucht. Mit der Kraftwerksleitung diskutierten die Unionspolitiker Jens-Christian Magnussen, Hartmut Hamerich, Hans Hinrich Neve und Markus Matthießen über mögliche Erleichterungen für Pumpspeicherkraftwerke bei der Erhebung der Oberflächenwasserabgabe.

Die Abgabe war im Jahre 2001 von der damaligen rot-grünen Landesregierung eingeführt worden, um Gewinne aus der Kernkraft abzuschöpfen. Doch auch Pumpspeicherkraftwerke, die im Zusammenhang mit der vom Bundestag beschlossenen „Energiewende“ dringend benötigt werden, sind von der Oberflächenwasserabgabe betroffen. Deswegen wird das Werk in Geesthacht derzeit nicht fortlaufend betrieben.

Der FAK zeigte sich zuversichtlich, dass man „noch in diesem Jahr“ zu einer Lösung gelangen wolle, die den wirtschaftlichen Betrieb des Kraftwerks ermögliche.



v.l.: Gunnar Groebler (Vattenfall), Jost de Jager, Hartmut Hamerich, Markus Matthießen, Jens-Christian Magnussen, Hans Hinrich Neve und Sven Minge (CDU-Geesthacht)

---

## Jens-Christian Magnussen bei der Wirtschaftssprechertagung Klare Positionen der CDU in der Wirtschaftspolitik



Jens-Christian Magnussen, MdL

An der Tagung der wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktionen von CDU und CSU in den Landtagen der sechzehn Bundesländer hat für Schleswig-Holstein der zuständige Fachsprecher Jens-Christian Magnussen, MdL teilgenommen. Im Anschluss an die Veranstaltung erklärte der Abgeordnete:

„Die Sprecher der Fraktionen von CDU und CSU in den Landtagen sind in allen wichtigen aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen einig.

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass Bund und Länder mit Blick auf die in diesen Tagen von Bundestag und Bundesrat beschlossene ‚Energiewende‘ in der Pflicht stehen, die vorgesehenen Maßnahmen in den kommenden Jahren konsequent durchzuführen. Dass dies eine große Herausforderung für alle Beteiligten darstellen wird, steht aus unserer Sicht außer Frage.

Einen staatlich festgelegten Mindestlohn lehnen wir ab, da er die Unterschiedlichkeit der Lebenshaltungskosten in Deutschland missachtet und Arbeitsplätze kosten würde. Der Beschäftigungszuwachs in unserem Land hat auch etwas damit zu tun, dass wir wieder über einen Niedriglohnsektor verfügen. Ein Hinzuverdienst zu staatlichen Sozialleistungen, das so genannte „Aufstocken“, ist nicht „des Teufels“, sondern die bessere Alternative zum Verharren in der Langzeitarbeitslosigkeit. Das Beispiel anderer europäischer Staaten zeigt, welche fatalen Folgen flächendeckende Mindestlöhne gerade für die Beschäftigungschancen von Jugendlichen haben.

Mit Blick auf das Thema Leiharbeit habe ich bei der Sprechertagung erläutert, dass diese gerade für den Mittelstand lebensnotwendig ist, da nur durch sie die Bearbeitung von Auftragsspitzen gesichert werden kann. Gleichzeitig gehe ich davon aus, dass sich das Thema Leiharbeit durch den weiter wachsenden Fachkräftemangel in den kommenden Jahren entschärfen wird.

Zur Frage der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen äußerten die Wirtschaftssprecher ihr Bedauern darüber, dass die Maxime „Privat vor Staat“ in der gegenwärtigen Diskussion immer weniger Beachtung finde. Die Sprecher erneuerten in diesem Zusammenhang ihre Forderung, dass sich städtische Werke bei einer Ausweitung ihrer Tätigkeit zumindest auf die Grenzen ihrer eigenen Gebietskörperschaft beschränken sollten. Andernfalls drohe für die Zukunft eine ähnliche Situation, wie man sie heute bei den Landesbanken erlebe.

Hinsichtlich des Bereichs Infrastrukturpolitik habe ich während der Tagung darauf hingewiesen, dass nach wie vor erheblich mehr Projekte dringlich umgesetzt werden müssten, als angesichts der gegenwärtigen Haushaltslage von Bund und Ländern tatsächlich bereitstehen. Ausdrücklich habe ich eine norddeutsche Kooperation speziell bei der wichtigen Großprojekten, also beim Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals, bei der Ertüchtigung unserer Häfen sowie bei der Elbvertiefung, angemahnt“.

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)